

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Luthers Weihnachtsgeschenk.

Goldmieten ab 1. Januar. — Aufwertungsverbot für Hypotheken. — Goldgeschenke an Hausbesitz, Industrie und Landwirtschaft.

Am 22. November hat der Reichsfinanzminister Dr. Luthers im Reichstage zum erstenmal die beabsichtigte Erhebung einer Mietssteuer durch das Reich angekündigt. Er erklärte damals, daß es bei der trostlosen Finanzlage des Reichs unumgänglich notwendig sei, den durch die zu niedrigen Mieten im Wirtschaftsleben geschaffenen Hohlraum zu erfassen. Die Aufwertung der Hypotheken müsse daher verboten werden. Die Mietssteuer solle aber durchaus nicht allein steuerlichen Zwecken dienen. So bedauerlich die völlige Enteignung der Hypothekengläubiger sei, so bleibe doch nichts anderes übrig, als das, was doch einmal verloren ist, wenigstens für das Volksganze zu verwerten. Die Regierung gedenke das nach folgenden vier Gesichtspunkten zu tun: erstens solle dafür gesorgt werden, daß die Häuser wieder ordnungsgemäß unterhalten werden. Zweitens solle durch Gewährung von Hypotheken das Bauwesen belebt werden. Drittens solle ein Teil der Aufwertung der Miete als Mitversicherung für die Rentenbank und für sonstige allgemeine Belastungen dienen. Viertens müsse der Rest dazu dienen, daß Länder und Gemeinden ihre einfachsten Lebensbedürfnisse befriedigen können.

So lautete das Programm des Herrn Dr. Luthers am 22. November. Es erweckte damals bereits sehr große Bedenken. Immerhin hätte man sie teilweise zurückstellen können, wenn Luthers Ankündigung, der Ertrag der Aufwertung der Mieten werde lediglich im Interesse des Volksganges Verwendung finden, auf Wahrheit beruhte. Die vor einiger Zeit veröffentlichten Einzelheiten über die Lutherschen Pläne ließen aber zweifellos erkennen, daß das nicht der Fall sein würde. Aus ihnen ersah man vielmehr, daß der den Hypothekengläubigern geraubte und den Mietern noch zu raubende Betrag nur zur Hälfte dem Reich, der Rest jedoch den Hausbesitzern zufließen sollte. Der neuerdings dem Reichsrat vorgelegte und bisher sorgfältig geheimgehaltene Entwurf der dritten Steuerverordnung übertrifft alle Befürchtungen. Von Herrn Luthers Sicherungen „für das Volksganze“ ist darin nichts mehr enthalten, so daß das Bestreben der Regierung, diesen Entwurf geheimzuhalten, zusammenfällt mit der Absicht, die damit aufs empfindlichste geschädigte Bevölkerung einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der Entwurf enthält in seinem § 1 ein generelles Verbot für Gläubiger von Forderungen, die auf Reichsmark lauten, mit Rücksicht auf die Geldentwertung nachträglich eine Erhöhung zu verlangen. § 2 berechtigt die Länder bzw. die Gemeinden im Hinblick auf die mit der Neuregelung des Mietwesens eintretende Steigerung der Mieten von dem bebauten Grundbesitz vom 1. Januar 1924 ab eine besondere Steuer zu erheben. § 3 ermächtigt die Länder, zu diesem Zweck vom Reichsmietengesetz und von der Wohnungsabgabe abweichende Bestimmungen zu erlassen. Nach § 4 muß die Steuer so hoch bemessen werden, daß dem Eigentümer vom 1. April 1924 ab mindestens 20 Proz., vom 1. Juli 1924 ab mindestens 40 Proz., und vom 1. Oktober 1924 ab mindestens 50 Proz. der Friedensmiete verbleiben. Die Länder können für Eigenhäuser und Eigenwohnungen, bei denen eine dingliche privatrechtliche Last am 1. Januar 1919 oder bei späterer Fertigstellung des Gebäudes im Zeitpunkt der Fertigstellung nicht bestanden hat, eine Ermäßigung der Steuer oder Befreiung eintreten lassen.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfes sieht eine Besteuerung der Schuldverschreibungen vor, die von natürlichen Personen, Personvereinigungen und juristischen Personen des Privatrechts ausgegeben sind. Grundpfandbriefen, Schiffsbefehlshankten sind davon befreit, ebensofalls solche Schuldverschreibungen, die seit dem 1. Januar 1923 begeben sind. Die Steuer beträgt insgesamt 10 Proz. des Goldmarkbetrages. Sie ist zahlbar in Höhe von

4 Proz. am 1. Februar 1924 und in Höhe von je 2 Proz. am 1. Oktober 1924, 1. April 1925 und 1. Oktober 1925. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes beziehen sich auf den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Kaum jemals ist eine so folgenschwere Maßnahme, wie die mit diesem Gesetz beabsichtigte, so unter Ausschluß der Kontrolle der Öffentlichkeit durchgeführt worden, wie es jetzt geschehen ist. Die gewaltigste soziale Revolution der Weltgeschichte, die durch die Geldentwertung hervorgerufen worden ist, soll nun mit einem Schloß ihre gesetzliche Rechtfertigung finden. Es muß einer späteren Betrachtung überlassen bleiben, die vielen Probleme, die mit den wenigen Bestimmungen des Gesetzes aufgeworfen werden, kritisch zu durchleuchten. Für heute müssen wir uns mit wenigen Bemerkungen begnügen, die vor allen Dingen dem Zweck dienen sollen, die gesamte Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, was denn die Regierung in Wirklichkeit beabsichtigt.

Der Inhalt des Gesetzes läßt keinen Zweifel daran, daß es sich nicht mehr darum handelt, die durch das generelle Aufwertungsverbot zu gewinnenden Geldbeträge für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Gläubiger werden völlig enteignet, die Mieter mit ungeheurer Lasten belegt. Das geschieht aber nicht, wie angekündigt, damit die Häuser vor dem Verfall bewahrt werden, Neubauten finanziert werden können, das Wirtschaftsleben die Krise überwindet, sondern zu einem sehr erheblichen Teil, um den Hausbesitzern ein Leben ohne Arbeit zu ermöglichen, den industriellen Schuldner und vor allem der Landwirtschaft die fast 20 Milliarden Goldmark, die sie vor dem Kriege an Schulden aufgenommen hatten, zu schenken. Der Regierungsentwurf bestimmt ausdrücklich, daß erst die Hausbesitzer bis zu 50 Proz. der Friedensmiete erhalten müssen, ehe der entsprechende Anteil der Steuer wirksam wird. Schuldverschreibungen werden einer Steuer von sage und schreibe 10 Proz. unterworfen, deren Gesamtbetrag erst in 21 Monaten gezahlt zu werden braucht! Die Landwirtschaft geht völlig frei aus. Von ihr ist in diesem Entwurf überhaupt nicht die Rede.

Aber so wie den Hypothekengläubigern den Hausbesitzern, den Großindustriellen und den Landwirten opfern müssen, so soll auch das Reich alle seine Rechte an die Länder abtreten. Der Ertrag der Steuer soll Ländern und Gemeinden zugute kommen. Welchen Gebrauch sie von diesem Rechte machen, bleibt völlig ihnen überlassen. Die alte Buntschickigkeit des Steuerwesens vor dem Kriege kehrt wieder zurück. Das Reichsmietengesetz wird aufgehoben, der Mieter schutzlos. Wie das Reich die durch die Einführung der Goldmieten sich ergebende Belastung durch Preissteigerung, Steigerung der Löhne und Gehälter aufbringen soll, wird ebenfalls nicht berührt. Völlig im Dunkeln bleibt auch das Schicksal der Millionen Rentner und Rentenempfänger, die Goldmieten nicht zahlen können.

Welche Gefahren mit der Durchführung der Absichten der Regierung für die deutsche Volkswirtschaft und die Masse der Bevölkerung entstehen, kann man sich danach leicht vorstellen. Aber das alles scheint die Regierung nicht zu kümmern. Ungehindert von sozialistischen Einflüssen präsentiert das rein bürgerliche Kabinett Marx-Luthers den minderbemittelten Schichten der deutschen Bevölkerung die Rechnung für seine Leichtgläubigkeit. Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen den Absichten der Regierung den denkbar schärfsten Widerstand leisten. Die Sozialdemokratie wird daselbst tun. Es gilt, die Masse der Bevölkerung über die ihr drohende Gefahr aufzuklären und die Absichten der Regierung zu verhindern.

## Lehren des Ruhrkrieges.

Es sind nun schon drei Monate verflossen, seitdem die Regierung Stresemann den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen mußte, ohne daß es in dieser Zeit zu einer völligen Wiederaufnahme der Arbeit in diesem wichtigsten Industriegebiet gekommen ist. Wenn auch ein Teil der Betriebe nach dem Abschluß des Locarno-Vertrages allmählich in Gang gesetzt worden ist, so steht heute noch ein großer Teil der Ruhrindustrie still; die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß, und Not und Verzweiflung erheben hier drohender das Haupt als in jedem anderen Teile des industriellen Deutschland.

Es muß daher festgestellt werden, daß diese trübsamen Erscheinungen zu einem Teil auf das Verhalten der französisch-belgischen Besatzungsbehörden zurückzuführen sind, die wochenlang die Wiederaufnahme der Produktion und des Verkehrs sabotierten. Zu einem beträchtlichen Teil sind jedoch die jetzigen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet, unter denen vor allen Dingen die Arbeiterschaft leidet, auf das Verhalten der Schwerindustrie zurückzuführen. Was sich hier, im Herzen der deutschen Industrie, abspielt, ist eines der lehrreichsten Kapitel aus der Geschichte des Klassenkampfes in Deutschland. Wenn von sozialistischer Seite schon bei Beginn des Ruhrkampfes darauf hingewiesen wurde, daß die Unternehmer bestrebt sein würden, die Kosten des Ruhrkampfes auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, so findet diese Voraussage ihre Bestätigung nicht nur in der Art und Weise, wie die Unternehmerklasse neun Monate lang den Ruhrkrieg vom Staat finanzieren ließ und sich selbst maßlos an den Ruhrkrediten bereicherte, sondern auch darin, daß sie nach der Niederlage im Ruhrkrieg alles daran setz, um die unvermeidlich gewordenen Opfer bei der Liquidation des Ruhrkampfes dem Staat und der Arbeiterschaft aufzubürden.

Die hier wiedergegebene Auffassung wird nicht nur in den weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft geteilt, sie wird auch bestätigt durch die Darstellung obel's den ender bürgerlicher Beobachter, die Gelegenheit hatten, die wichtigsten Etappen des Ruhrkrieges an Ort und Stelle zu studieren und Einblick zu gewinnen in den inneren Mechanismus des Klassenkampfes, der jetzt mit besonderer Schärfe im Ruhrgebiet tobt. Einer dieser Beobachter, der Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung“, Dr. Kurt Lachmann, hat jetzt in einer von der Frankfurter Societäts-Verderei herausgegebenen kleinen Schrift „Das Schicksal des Ruhrgebietes“ die Eindrücke wiedergegeben, die er nach wochenlangem Studium im Ruhrgebiet gewonnen hat. Dr. Lachmann stellt fest, daß man bei der Beurteilung der Lage im Ruhrgebiet nicht nur die jetzigen Schwierigkeiten der Industrie, sondern auch die Vergangenheit berücksichtigen müsse. Die Schwerindustrie habe an der Inflation und Marktzerrüttung, die im Gefolge des Ruhrkrieges einsetzten, stark verdient, und zwar in einem Maße, wie kaum je in bester Friedenszeit. Wie aber sind diese Gewinne angelegt?

Zum allerersten Teile dürften sie sich heute in liquider Form befinden. Man hat gebaut, viel gebaut im Ruhrrevier. Man hat sich modernste und beste Maschinen angeschafft wie kaum eine andere Industrie in der Welt. Man hat Auslandsbeteiligungen geschaffen, verlorenen Posten an fernem Küsten wieder aufgezwickelt, man hat Parteien und Zeitungen finanziert, man hat Rohstofflager angesammelt, teils beim Werk selbst, teils in den Hafenstädten.

Mit anderen Worten: Auch von unabhängiger bürgerlicher Seite wird ausdrücklich zugegeben, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie dank einer Finanzpolitik, die gehörend zu kennzeichnen kaum ein Wort scharf genug ist, in der Lage gewesen ist, aus der ungeheuren Notlage des Reiches, für die jetzt das ganze Volk büßen muß, enorme Gewinne zu ziehen, die die Macht des deutschen Finanzkapitals im Ausland und seinen politischen Einfluß im Inlande ungeheuer verstärkt haben.

Wie strupplos die deutsche Schwerindustrie handelte, geht aus den einzelnen Etappen ihrer Politik in den letzten Monaten hervor. Unmittelbar nach der Einstellung des passiven Widerstandes verließen die prominenten Führer der Ruhrindustrie die Unterstützung der französisch-belgischen Besatzungsbehörden zu gewinnen, um mit ihrer Hilfe den Aufstandstag zu befechtigen. Genosse Wels hat in seiner Reichstagsrede vom 20. November die Tatsache enthüllt, daß die Delegierten der Schwerindustrie am 5. Oktober verfußt haben, die Unterstützung General Degouttes bei der Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit zu gewinnen. Nachdem sie als Antwort auf dieses unglaubliche Unsinnen vom französischen General nur einen verächtlichen Fuhrtritt erhielten, gingen die Ruhrindustriellen zu einer anderen Taktik über. In ihrem Programm von Unna, das am 15. November bekanntgegeben wurde, eröffneten sie die Generaloffensive gegen die Arbeiterschaft, die nun mit allen Mitteln unter die Diktatur des Unternehmerkapitals gebeugt werden soll. Dr. Lachmann kennzeichnet die psychologische Einstellung der Ruhrindustriellen, die zu diesem Vorgehen geführt hat: „Fort mit den sogenannten sozialen Errungenschaften der Revolution! Weg mit der Nebenregierung der Gewerkschaften! Der Marxismus muß sterben!“ In Wels gleichen Worten hörte man diese Parolen aus dem Munde der meisten Industrieführer. Sie sahen die Arbeiterschaft geschwächt, die Massen der Gewerkschaften leer, die Widerstandskraft in der arbeitenden Masse geknackt. Aus dieser Situation heraus zogen sie es vor, das

## Die Sachverständigen-Ausschüsse.

Offizielle Mitteilung der Reparationskommission.

Paris, 27. Dezember. (W.B.) Nach offiziellen Mitteilungen der Reparationskommission sieht sich der erste Sachverständigenausschuß, der die Währungs- und Budgetfragen zu behandeln hat, wie folgt zusammen: Großbritannien: Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, und Sir Joshua Charles Stamp, Sekretär der Robelgesellschaft; Frankreich: Parmentier, Verwaltungsrat des Crédit foncier von Frankreich, und Professor Klig von der Rechtsakademie in Paris; Italien: Industrieller Dr. Alberto Sirelli und Professor Flora, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna; Belgien: Baron Maurice Houart, Mitglied der Kammer, und Bankier Emile Francqui, Staatsminister und Vizegouverneur der Sociéte générale; Amerika: Dawes von der Central Trust Company, Chicago, und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Electric Company.

Der Ausschuß für die Kapitalflucht sieht sich folgendermaßen zusammen: Großbritannien: Reginald McKenna, ehemaliger Schatzkanzler; Frankreich: Laurent Michalin, Direktor der Banque de Paris et des Pays bas; Italien: Dr. Alberti, Vizepräsident des Credito Italiano; Belgien: Janssen, Direktor der Belgischen Nationalbank; Amerika: Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles.

## Die französische Finanzkrise.

Paris, 27. Dezember. (W.B.) Der französische Finanzminister de Cassagny hat heute im Senat bei der Beratung zweier Budgetprojekte für das Budget der von Deutschland zurückzu erstattenden Ausgaben das Wort ergriffen, um sich über die Krise des französischen Franken auszusprechen und im allgemeinen über die Finanzlage, die auf den Westküste drückt. Was auf Frankreich und den gesamten Welt laste, sei die Nichtausführung des Friedensvertrages von Versailles durch Deutschland. Es sei bedauerlich, daß man dies nicht bereits früher begriffen habe. Es sei aber auch bedauerlich, daß im Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Frage der internationalen Schulden aus Mangel an Solidarität nicht geregelt worden sei, was in manchen Ländern eine Krise des Wechselkurses, in anderen ein Arbeitslosenheer hervorgerufen habe. Der Finanzminister ist der Ansicht, daß sich die politische Lage seit einem Jahr bessere. Frankreich stehe im Aufbruch, und der passive Widerstand habe ein Ende erreicht. Amerika werde in den Sachverständigenausschüssen wieder Fühlung mit den Alliierten nehmen. Das seien Gründe, die zu der Annahme berechtigen, daß die Schwierigkeiten, denen Frankreich gegenüberstehe, nur vorübergehend seien. Mit Festigkeit, Ausdauer und durch Arbeit werde man die Krise in Frankreich überwinden.

Kurse unverändert.



Diktat von Anna zu erlassen, statt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten. Die Folge war eine weitere Stilllegung der Betriebe. Diese Stilllegung wurde, wie Dr. Bachmann versichert, auch auf Werke ausgedehnt, die voll mit Aufträgen versehen waren.

Dieses provokatorische Vorgehen der Schwerindustriellen löste naturgemäß in der Arbeiterchaft die heftigste Empörung aus. Sämtliche Organisationen sahen klar, daß die Unternehmer jetzt die Absicht hatten, die Notlage der Ruhrarbeiter auszunutzen, um sie unter das Joch der Vorkriegsarbeitszeit zu beugen und die letzten Reste der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Ging es nicht mit Hilfe der Bajonette General Degouttes, so mußte es gehen mit Hilfe der Stilllegung der Betriebe, der Sabotage der Arbeitslosenunterstützung, der zwangswiseigen Abschiebung von 30 Prozent der Arbeiterchaft aus dem Ruhrgebiet. Dr. Bachmann schreibt über dieses Programm der Unternehmer:

Die schönen Worte vom Anfang des passiven Widerstandes sind verklungen. Das, was klarsehende Menschen damals bald befürchteten, ist eingetreten. Die Spannung zwischen Unternehmern und Arbeitern ist zum offenen Kampf geworden. Nur vielleicht in umgekehrter Bewegungsrichtung als zuvor angenommen wurde; denn die Offensive ging von den Unternehmern aus. Es ist eine stille unbarmherzige Schlacht. Ihre Anmarschstrahlen sind die verschlungenen Pfade der Psyche. Ihre Generallinien bilden die beruflichen Organisationen, ihr Feldgeschrei sind kurze Programme von Schlagworten, die an unsichtbarer Stelle von wenigen Köpfen ausgedacht sind, und vorne an der Front stehen der Polizist und der Arbeitslose. Eine traurige Aufgabe als Deutscher über diesen Kampf zu berichten.

An anderer Stelle schreibt Dr. Bachmann über das Kräfteverhältnis bei diesem Kampf, nachdem er die Argumente der Arbeiterchaft gegen die Aushungerungspolitik der Unternehmer wiedergegeben hat:

Die Arbeiter haben nur Argumente, die Unternehmer aber haben ein Programm — die ökonomische Macht. Sie wissen: der Hunger ist entscheidend und eine notwendige Folge der französischen Politik, aber er wirkt auch in dem Sinne, den sie erstreben und für den sie ihre Auffassung von dem deutschen Wiederaufbau geltend machen. Sie meinen, der Hunger und die Apathie der Massen werden die Generalkräfte zerstören. Der Hunger wird die Widerspenstigen zähmen und jene absolute Autorität wieder aufrichten helfen, die dem diktatorischen Geiste als Rettung und Stütze erscheint. Es steht viel Kurzfristigkeit in dieser Politik der starken Hand.

Diese Kennzeichnung von bürgerlicher Seite trifft ins Schwarze, denn die „Politik der starken Hand“ ist tatsächlich das Hauptziel, dem die Schwerindustrie ebenso wie der junkerliche Großgrundbesitz zustrebt. Militärdiktatur als Hauptbestandteil der inneren Politik, Unternehmerrichtigkeit als wichtigster Teil der Wirtschaftspolitik — das ist das Programm der vereinigten kapitalistischen und agrarischen Reaktion in Deutschland. Dieses Programm hat sich nicht nur bei allen Regierungskrisen der letzten Zeit offenbart, es äußert sich in noch viel stärkerer Weise auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik, der Sozialpolitik. Überall steht die große arbeitende Masse, die durch Währungsverfall und Arbeitslosigkeit erschöpft ist, in die Defensive gedrängt, während die kapitalistischen Schichten in Stadt und Land mit einer beispiellosen Brutalität die Notlage des Volkes auszunutzen suchen, um ihre politischen Herrschaftsverhältnisse zu befestigen.

Unter diesem Leitmotiv vollzieht sich auch die Liquidation des Ruhrkrieges, und es wird noch der größten Anstrengungen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats bedürfen, um die Anschläge abzuwehren, die in Verbindung mit dem Ruhrkampf gegen Arbeiterchaft und Republik von der Schwerindustrie geplant werden. Die genaueste Kenntnis der einzelnen Etappen des Ruhrkampfes ist deshalb erforderlich, damit die Arbeiterklasse einheitlich und geschlossen die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus diesem Kampfe zu ziehen vermag.

## Reichsbildungskommissar für Thüringen?

Aus Jena wird uns geschrieben:  
Die Meldung des „Berliner Tageblattes“ über die bevorstehende Einsetzung eines (deutschnationalen) Reichsbildungskommissars wird zwar von der Reichsregierung dementiert. In dem amtlichen Dementi heißt es aber: „Es ist vielmehr zu hoffen, daß gewisse Fragen, die die ernste Beforgnis der Reichsregierung erweckt haben, durch Verhandlungen mit der thüringischen Regierung eine befriedigende Regelung finden werden.“

Es ist schade, daß sich das Dementi über den Charakter und die Herkunft dieser „ernsten Beforgnisse“ ausschweigt. In Thüringen kennt man den besorgniserregenden Bazillus aber recht gut und weiß auch, wer ihn der Reichsregierung eingeimpft hat. Es ist eine „Denkschrift“, die die vereinigten bürgerlichen Parteien am 21. Dezember an die Reichsregierung gerichtet haben. Diese tendenziös „antimarxistische“ gefärbte „Denkschrift“, die von Unrichtigkeiten frogt und auch vor Unwahrheiten nicht zurückschreckt, richtet sich hauptsächlich gegen das thüringische Volksbildungsministerium. Dieses Ministerium hat die Kühnheit besessen, eine Anzahl sozialistischer Lehrer als Schulleiter und Schullehrer anzustellen und an die Universität Jena einige bekannte Schulreformer und sogar zwei Sozialisten zu berufen. Das hat den Jörn der bürgerlichen Parteien in Thüringen erregt, die jene herrlichen Zeiten zurückwünschen, in denen nicht einmal die Nachwächter Sozialisten kein durften. Unter Führung der störrischen jenenster Universitätsprofessoren begannen sie einen ebenso eifrigen wie verkehrten Kampf gegen das Volksbildungsministerium. Da ihre geistigen und politischen Mittel nicht ausreichten, in diesem Kampfe einen Erfolg zu erzielen, wollen sie jetzt, getreu den Traditionen der deutschen Demokratie, mit Hilfe von Ausnahmezustand und Reichswehr, die sozialistische Kulturarbeit in Thüringen verhindern. Da die Reichsregierung ihre Rufe nach einem Reichsbildungskommissar für Thüringen nicht erhören will, wollen sie nun wenigstens das verhasste Volksbildungsministerium bekämpfen. Zu diesem Zweck haben sie sich einen ganz neuen Posten ausgedacht, eine Art von Reichsbildungskommissar, den die Reichsregierung an die Stelle des sozialistischen Kultusministers setzen soll. Ihr Kandidat für diesen Bildungsdiktator ist der Erfinder dieses neuen Postens, der auch-Demokrat Dr. Gerland.

So sehen „die Fragen“ aus, die „die ernste Beforgnis der Reichsregierung“ erweckt haben. Wir möchten die Reichsregierung dringend warnen, sich vor den Wagen reaktionärer Universitätsprofessoren spannen zu lassen. Sie würde damit dem Reichsgedanken einen Bärendienst erweisen. Denn wenn sich schon die Einsetzung eines Reichsbildungskommissars für Thüringen durch nichts rechtfertigen ließe, die willkürliche Befestigung eines bei den bürgerlichen unbeliebten sozialistischen Kultusministers würde einen geradezu ungeheuerlichen Eingriff des Reiches in die Rechte und inneren Angelegenheiten eines Landes darstellen. Sie wäre ein glatter Rechtsbruch. Nicht die Reichsregierung hat das Urteil über die thüringische Kulturpolitik zu fällen, auch nicht die jenenster Professoren; sondern einzig und allein die Wählerschaft Thüringens. Dieses Urteil wird am 12. Februar erfolgen. Und die Reichsregierung hat weder das Recht noch Ursache, ihm vorzugreifen.

## Die Schulpolitik des Ministeriums Greil.

Gen. Reinhard Strecker, Oberschulrat und Professor an der Universität Jena, schreibt uns: Es war vor allem zwei Fehler in unserem bisherigen Schulsystem, die aus einer großzügigen und in Wahrheit nationalen Auffassung der Lage heraus hätten abgestellt werden müssen. Der eine Fehler ist der, daß unter Volksschule die Kinder bis zum 14. Jahr in eine Sadgasse hinein führt, während die höhere Bildung unabhängig davon schon vom 10. oder 9. oder gar 6. Lebensjahre an neben der Volksschule aufgebaut wurde. So gehen die beiden Bildungswege auseinander vorbei. So ist es dem Kinde aus der Volksschule unsäglich schwer, ja beinahe unmöglich gemacht, den Weg zur höheren Bildung zu finden. Es war der tiefste Sinn der Greil'schen Schulpolitik in Thüringen, hier Berechtigtheit zu schaffen. Die Neugestaltung der Mittelschule sollte die Bahn von der Elementarbildung zur höheren Bildung für jedes Kind im Geiste

der Berechtigtheit öffnen. Dies war auch der Weg zur Einheit des Lehrpersonals. Die Schaffung einer pädagogischen Abteilung an der Universität Jena soll dem gleichen Zweck dienen. Hier sollte der Philologe genötigt sein, sich diejenige Vorbildung zu verschaffen, die ihm bisher, wie allgemein zugestanden wird, nur in ganz ungenügender Maße zuteil wurde, nämlich die pädagogische. Andererseits soll da der künftige Volksschullehrer auch in die wissenschaftlichen Arbeitsmethoden eingeführt werden, teils indem die Pädagogik wirklich wissenschaftlich betrieben wird, teils indem auch der künftige Volksschullehrer ein bestimmtes Fachgebiet seinen Reigungen und Anlagen entsprechend regelrecht studieren können. In Kreis- und Gebietsseminaren sollte dann diese Universitätsbildung weitergeführt werden, und zwar auch wieder im Geiste der Einheitschule, gemeinsam für Lehramtskandidaten und Studienreferendare.

Mit dieser Art von Schulreform war ein Teil der Philologen nicht zufrieden. Das ist insofern begreiflich, als sich diese Schulpolitik gegen die einseitige Vorherrschaft des Philologentums in unseren höheren Lehranstalten richtet; aber freilich nur derjenige Philologe kann hier zufriedener sein, der außer für sein Fach für sonst nichts in der Welt den rechten Blick hat, denn alle pädagogischen, staatspolitischen und sozialen Gründe sprechen gegen das Ubergewicht, welches wir den sprachlichen Fächern in unseren höheren Schulen eingeräumt haben. Niemand kann die Bedeutung von Sprachstudien so leicht überschätzen. Sie haben in der Tat den größten Realwert. Aber trotzdem war es ein Fehler, daß wir bisher die Begabung unserer Schüler lediglich an der Sprachbegabung maßten; daß die Noten in den Sprachen für sich allein schon entscheidend waren für den Aufstieg in unseren Klassen. So kamen nur die Sprachschüler in die Höhe, während alle anderen Tüchtigen unerschützt wurden und dadurch die Schulverdrängtheit in ihnen herkommen mußte. Ob es am Gymnasium war oder am Realgymnasium oder an der Oberrealschule: Wer in den Sprachen keine genügende Note aufwies, der blieb eben sitzen. Man muß wissen, was Männer wie Liebig und Helmholtz und so viele andere unter dieser Einseitigkeit gelitten haben, um zu begreifen, welcher ungeheure Schaden dadurch angerichtet wurde.

Der Schaden wurde aber dadurch noch verhängnisvoller, daß er mit dem erfindenen Fehler unseres Schulsystems zusammenwirkte. Das zusammenhängende Nebeneinander der Bildungsweges schloß ja 99 Prozent der Volksschüler auch bereits mechanisch ohne Rücksicht auf Begabung und Reizung von der höheren Bildung aus. Das hat dann schließlich dahin geführt, daß zwar einige große Sprachbegabungen bei uns in Deutschland geblieben wurden und für die philologische Wissenschaft hervorragendes leisteten, das neben ihnen aber auch Hunderttausend aufstiegen, die nur notdürftig sich sozial Sprachkenntnisse aneigneten, als eben zum Bestehen des Examen erforderlich war. Eine tiefergehende Bildung auf anderen Gebieten fehlte ihnen. Gerade auf denjenigen Gebieten, auf denen der Mensch für das Verständnis der Idee seiner Zeit gebildet wird, auf denen sein Verständnis für die nationale Gemeinschaft und für den Zusammenhang seiner Nation mit der Weltkultur erwacht, vorlagten unsere höheren Lehranstalten. Man muß schon parteipolitisch vollständig verblendet sein, um an diesen Mängeln, die auch nur unter deutschen Schulverhältnissen charakteristisch vorzukommen, Endes würden sogar unsere Philologen und Sprachgelehrten selbst gewinnen, wenn die besonderen Werte ihres Faches nicht zwangsmäßig auch an die Ungelehrten und Unfähigen herangebracht würden, sondern wenn sich der Sprachunterricht mit der Gleichberechtigung neben den anderen Fächern begnüge, dafür dann aber auch Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden könnten, die mit wirklicher Lust und innerer Begeisterung die herrliche Sprache und ihren Kulturkreis studierten.

## Parteitag der thüringischen Demokraten.

Jena, 27. Dezember. (Ill.) Die thüringischen Demokraten hatten am kommenden Sonntag einen außerordentlichen Parteitag in Jena ab, um zur Aufstellung einer Einheitsliste mit den übrigen politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen Stellung zu nehmen. Professor Dr. Sloitz, der Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen der Deutschen Demokratischen Partei, hat sich in einem Urteil im „Jenauer Volksblatt“ entschieden für das Zustandekommen einer Einheitsliste ausgesprochen.

## Musikbücher.

Von Kurt Singer.

„Neue Musik“, das ist der Titel des letzten Buches von Paul Bekker (Deutsche Verlagsanstalt). Den gleichen Titel könnte jedes Werk Bekkers tragen, ob es sich nun um Beethoven-Analysen, soziale oder ästhetische Probleme handelt. Immer klingt Neues aus den Seiten, klingt Musik aus Darstellung und Stil heraus. Die Auffassung führt innerlich von Wahrheit bis zur jüngsten Gegenwart, in der Schreiber den dramatischen Mittelpunkt bildet. Wir kennen alle diese Arbeiten schon; und doch wirken sie, mag sich immer das persönliche Werturteil anders gestalten, elementar und überzeugend, neu und anregend.

Man wird diesen Bekker'schen Eigenheiten besonders lieben, wenn man in dem reichhaltigen „Deutschen Musikjahrbuch“ (Schöningh, Essen, Herausgeber R. Cuz) etwa die Stimme Böhmers zur Frage des Deutschen vernimmt. Da ist nur noch nationale Schamlosigkeit und Heberei zu erkennen. Ueberhaupt scheint jeder der Mitarbeiter im allgemeinen Teil des Buches einen unbändigen Ausländerhaß und eine Wut auf die futuristische Linie zu haben. Das ist, etwa bei Moser, der eine sehr kluge Feder führt, molliert und gebäpft zu hören. Oftmals (bei einem rheinischen Herren) findet es nur wie ein Bellen gegen Paul Bekker. Was über das Musikleben der großen Städte, besonders auch des Rhein- und Ruhrgebietes, kritisch gesagt wird, interessiert uns alle. Für Berlin gibt diese summarische Uebersicht trefflicher und gut formulierter Vorarbeiten, der auch einen warmen Hinweis auf den Komponisten Scheunemann beibringt. Unter den ca. 50 Artikeln seien hier besonders hervorzuheben: Arbeitermusikfest (Kreiser), Tanztheater (Loban), Die Entwicklung des Nationalbewußtseins in der deutschen Musikgeschichte (Moser), Vom Wesen der Kritik (Reichentritt), Musik als Lebensform (Lieber), Eine Unmenge Belehrung, eine Unmenge Unterhaltung.

Walter Dahms legt in seiner „Musik des Südens“ (Deutsche Verlagsanstalt) ein Glaubensbekenntnis ab, ein optimistisches Bekenntnis zu einem Reiches Geist schwebendes, hochfestimmtes und beglücktes. Er bestet Gedanken und Schwächen auf, denkt über Form und Ausdruck, über Sollen und Können der Musik nach, immanenziert über Kultur südländischer Musik, über Künstler, Menschen und Werke, über Lebensstränge und Stimmungslagen in musikalischen Schöpfungen. Was das in einer feierlichen Sprache, wie sie nur ein vom Wesen der Kunst Durchdringener, ein berufener, dionysischer Tonsetzer handhaben kann. Ein Buch des tiefen Nachdenkens, unheimlich, ohne historische Bewerzung, der deutschen Romantik, dem Nationalen bel canto verschrieben, mit deutscher Ablehnung neuer, junger, lebender Musikbewegung.

Hofft über schreibt eine kleine Instrumentalfunde in der Reclam-Bücherei (Dürre u. Weber), flott, anregend, wissend, nie an her trockensten ästhetischen Theorie haltend, sondern sie reichlich zum Erlernen der herrlichen Ausdrucksweise verlockend. Ein gutes, auch mit Musikerns Nachschonabsicht, ein Vademecum für Lernende und für reiferen, nachdenklichen Konzertbesucher.

In die Tiefe des Handwerks wie in die Seele des Spielers bringt Carl Flesch, der berühmte Geiger, mit seinem Werk „Die Kunst des Violinspiels“ (Ries u. Erler). Ein besseres, verständlicheres, gleichzeitig wissenschaftlich begründetes und praktisch erprobtes Lehrbuch des Geigens existiert nicht, und wohl auch kein, das selbst spröden Kapiteln der zu erlernenden Kunstfertigkeit so interessante, lebendige Seiten abgewinnt. Flesch schreibt, wie er spielt: einen klaren, freien, bewußt-reinen Stil. Das macht die Lektüre bequem, wenn es auch durchaus keine Anfängerslehre ist. Er verweilt mit der gleichen gründlichen Anteilnahme bei den Reizen des Geigenklangs, der Darm- und Saitensinn, der Frage nach der besten Art des Stimmens, der Haltung, des Lebens, wie er keine große Erfahrung für die Probleme des Fingertages, der Daumenhaltung, des Bogenwechsels, Portamento, Staccato, der Tonzeugung, des Vibrato, der Hygiene des Lebens, der krankhaften Störungen des Gedächtnisses, der Armbewegung einschließt. Ueberraschend bei einem Fachmeister solche Fülle auch von psychologischen und prognostischen Ueberlegungen zu finden. Auch der beste Kenner wird bei manchen blühartigen Einsätzen Neues, ganz Neues (und Neugierweckendes) erfahren. Wenn manche Haltungsfuge zu stark systematisiert erscheint, so ist doch der Hinweis auf das Individuelle im Spiel immer deutlich. Die „Urstudien“ (Uebungen der linken Hand ohne Bogenstrich) scheinen mir noch wie der gefährlich überflüssig, ebenso wie Uebungen mit künstlich fixierter Geige. Zur Fehlerdiagnose aber kann diese wie jede Methodik verwendet werden. Hart ist das Urteil gegen Steinbäulen, den Vater der physikalischen Bogenhaltung, härter noch das komplette Verwerfungen aller Eberhard'schen Ideen, mögen sie gebilligt oder abgelehnt werden. Wo ein Warmes zitiert wird, darf ein Siegfried Czerny nicht als Scharlatan behandelt sein. Davon abzusehen, ist Flesch's Werk berufen und geeignet, aufs gewissenhafteste und beste den Weg zur Höherentkunst des Geigens zu bereiten.

## Weihnachten in der Tierwelt.

Weihnachten ist für die Tiere durchaus nicht das selbe schöne und gemüthliche Fest, das sich die Menschen in der kältesten und dunkelsten Zeit des Jahres durch ihre Kultur geschaffen haben. Die Weihnachtszeit bedeutet für diese Tiere Hunger und Entbehrung, und am besten haben es noch die Tiere, die sich bereits zum Winterschlaf zurückgezogen haben.

Zu den Winterstärkern gehört z. B. der Frosch. Dem man zur Weihnachtszeit niemals in der Natur begegnet. Um ihn zu finden, muß man schon den Schwamm auf dem Grunde eines Baches aufsuchen, denn dort hat er sich eingegraben und liegt hier unbeweglich, nur durch die Lärmtätigkeit des Herzens am Leben, die das Blut in den Adern in dem notwendigen Kreislauf erhält. Hält man im Walde Umschau, so wird man die sonst so bewendlichen und lustigen Eichhörnchen vermissen; man wird schon stark hinschauen, um hier und da ein rundes Nest aus Ähren und Blättern zu entdecken, in der das Eichhörnchen im tiefen Schummer liegt den kühnen Schwanz wie eine Eiderdaube über sich gebreitet. Das Tierchen schließt nicht den ganzen Winter ununterbrochen durch, sondern an freudigen Tagen verläßt es sein Bett und besucht die

Vorräte von Haselnüssen und Bucheckern, die es sich vor sorglich aufgespeichert hat.

Den Vögeln geht es am schlechtesten, wenn der Boden festgefroren ist, und so mancher von ihnen, der sich sonst nur an Insekten und Würmern gütlich tut, muß dann notgedrungen zum Vegetarier werden und den Boden nach Gräsern und Wurzeln aufhaken. Der englische Zoologe Richard Kearton hat einmal genau untersucht, was den Vögeln in so schweren Zeiten an Nahrung zur Verfügung steht. Er nahm einen typischen Fled von 2 Quadratmetern Boden sorgfältig in Augenschein und fand nur einen kleinen Wurm, eine Haselnuss, eine winzige Schnecke und ein einziges Körnchen. Bei der Durchforschung weiterer 6 Quadratmeter fiel ihm nur eine einzige Haselnuss auf. Der Tisch, der den Vögeln in harter Winterzeit von der Natur gedeckt wird, ist also mehr als spärlich.

Gut geht es dem Dach, der behaglich in seinem Bau liegt und sich von dem Heil nähert, das er sich in warmen Sommertagen angemaßelt hat. Auch sein Better Ruch ist zu Weihnachten guter Dinge. Schnee und Frost können ihm nichts anhaben; sie sind ihm vielmehr sehr willkommen, da sie ihn vor Jäger und Hund schützen. Er selbst ist immer noch imstande, die Spur eines Hasen oder Kaninchens im Schnee zu verfolgen, die ihn dann zur sicheren Beute werden. Auch an Vögeln, die in der Kälte fest gefroren sind und sich weniger leicht flüchten können, findet er reiche Mahlzeiten. Ratten und Mäuse verlassen die Felder und suchen Unterschlupf in den Häusern und Scheunen der Menschen. So, sogar auch sehr viel scheuere Tiere werden durch die Kälte nach den menschlichen Niederlassungen getrieben. Fasanen und Wildhühner machen mit den Bewohnern des Hühnerhofes Bekanntschaft und nehmen an ihren Mahlzeiten teil; sogar Mäusen verfallen sie in dieser Zeit bis in die Herden der Großstädte. Eine nähere Untersuchung der Baumrinden oder Mauerrippen enthüllt aber selbst im Winter eine erstaunliche Rammigkeit des Tierlebens, wenn gleich der kühnste Blick der Verüberfliegenden nichts davon ahnt. Hier findet man, eng zusammengedrückt, Schmetterlinge, die auf wärmere Tage warten, Wespenköniginnen, die allein aus ihrem Geschlecht den Frost überleben, und die Stommaltr all der unzähligen Insektenarten, die im Frühjahr wieder eine reiche Fruchtbarkeit einstoßen.

Dinosaurier-Eier. Bei den Ausgrabungen, welche jetzt die amerikanischen Geologen mit großem Erfolge in der Wüste Gobi betreiben, hat man auch Eier von den Riesentropfen gefunden, die in der Vorzeit die Erde bevölkerten. Es war kein Zweifel, daß diese Eier, wie ihre heuligen Verwandten, sich durch Eierfortpflanzung haben, aber man hatte bisher noch keine gefunden. Hier sind ja Gegenstände, die sich zur Konservierung über Hunderttausende Jahre erhalten. Sie bestehen zu wehr als neunzig Prozent aus Wasser. Man hätte schon aus früheren Zeiten fossile Vögel, wenn die Schale zerbrochen und der Inhalt ausgelesen war, oder wenn eine mineralische Substanz die Eierhülle verstärkt hatte. Der Dinosaurier kam in Asien und Amerika vor, aber in Amerika hatte man unter seinen Nestern bisher keine Eierhüllen aufgefunden.

Die Geologie Friedrichs, Dezember 13, zeigt neue Entdeckungen von Walter Bondy und Kompositionen von Robert Genin.



## Frei Thyffens Weihnachtswunsch.

Der rheinische Schwerindustrie Thyffens, der vor einiger Zeit seine gesamte Belegschaft von 70 000 Mann aufs Pfloster warf, angeblich weil die nötigen Vorräte für ihre Weiterbeschäftigung fehlten, spricht in der „Berliner Börsenzeitung“ Weihnachtswünsche aus. Erwa, daß die Folgen der von den rheinisch-westfälischen Eisenmagneten nicht ganz unerschütterliche Ruhebesetzung möglichst bald überwunden werden? Oder, daß die Zehntausende von Gefangenen und Ausgewiesenen, die nicht wie er mit einer hohen Geldstrafe davongekommen sind, amnestiert werden? Weit gefehlt! Sein schönster Wunsch ist, „daß das deutsche Volk die Leistungen der Novemberrepublik nach Gebühr würdigen wird“.

Derlei Herr hat es aber im Frühjahr 1919 nicht verschmäht, sich auf Kosten des Staates als Sekretär eines Ministers jener „Novemberrepublik“, des Reichsjustizministers Giesberts, nach Versailles mit der deutschen Friedensdelegation schicken zu lassen. Seine dortige Tätigkeit bestand vornehmlich darin, gute Ratschläge für die Erhaltung der Thyffenschen Erzbesitzungen im Saargebiet und in Lothringen zu erteilen; das sind seine Leistungen für die „Novemberrepublik“.

## Deutsche Intellektuelle.

Im „Total-Angebot“ hat wieder — wie das Blatt sagt — „Deutschlands hervorragende Gelehrten, Dichter und Künstlerwelt“ allerhand Weihnachtswünsche ausgesagt. Darunter finden wir auch einen, den der Berliner Vater Max Beckstein niedergeschrieben hat. Er beginnt so:

„Deutsches Volk, sei frei und würdig in dir selbst. Komm eine Neuwahl zum Reichstag, so enthalte dich geschlossen der Stimme für jeglichen Kandidaten. Zwingen hierdurch die Parteien, mehr an dich zu denken und nicht an ihre schändliche Machtgier.“

Das ist die ganze politische Weisheit, wie sie sich in manchen Köpfen der deutschen Intelligenz vorfindet! Aus allem Uebel weiß sie keinen anderen Ausweg, als sich rechtzeitig ins Bett zu legen und nicht zur Wahl zu gehen! Es würde aber noch etwas fehlen, wenn Herr Beckstein nicht hinzusetzte, daß er für zukünftige Wahlen, an denen niemand teilnehmen soll, nur zwei Parteien und auch diese nur „mit möglichst wenigen und jüngeren Vertretern“ bestehen lassen möchte!

## Dietrich Eckart gestorben.

München, 27. Dezember. (M.B.) In Verhiesgaben ist gestern abend der Schriftsteller und Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, Dietrich Eckart gestorben. Eckart war im Zusammenhang mit den Ereignissen des 8. November in Schutzhaft genommen, am Freitag aber wieder freigelassen worden.

Dietrich Eckart machte seinerzeit von sich reden, als er der Aufzucht des Reichsgerichts zum Schutze der Republik, sich zu stellen, nicht Folge leistete. Damals stellte sich die Münchener Regierung schützend vor ihn, indem sie ihm attestierte, sein Gesundheitszustand erlaube es nicht, Haft über ihn zu verhängen. Heute, wo es sich nicht um die Wahrnehmung von Reichsinteressen, sondern um den Kampf der partikularen bayerischen Regierung gegen die großdeutschen Nationalsozialisten handelt, ist sie weniger zertüffelnd gewesen. Auch das ist eine Illustration zur Politik der Rahr und Knilling.

## Rücktritt Wugelhofers.

München, 27. Dezember. (M.B.) Auf das Gesuch des Landwirtschaftsministers Wugelhofer um Entziehung von seinem Amte antwortete Ministerpräsident Dr. v. Knilling, daß die Amtsentziehung mit sofortiger Wirkung vollzogen sei. Gleichzeitig dankte Dr. v. Knilling ihm für seine langjährige Mitarbeit. Mit der Führung der Geschäfte des Staatsministeriums für Landwirtschaft wurde bis auf weiteres Staatsrat Bang betraut.

## Die Finanzmaßnahmen des Reiches.

Infolge der stabilen Geldverhältnisse wird, wie die Eca mitteilt, die Auszahlung der Beamtengehälter von nun an wieder möglichst regelmäßig an bestimmten Zahlungsterminen erfolgen. Von einer monatlichen oder gar vierteljährlichen Vorauszahlung der Beamtengehälter muß aber vorläufig noch Abstand genommen werden. Die den Beamten, Staatsangestellten und Ruhegehaltsempfängern für den Monat Januar zuzulegenden Bezüge sollen in zwei Raten ausbezahlt werden. Die erste Hälfte des Gehaltes wird am 31. Dezember zur Auszahlung kommen. Auch bei den Behörden, die am 31. Dezember keinen Dienstbetrieb haben, soll die Auszahlung nicht vor dem 31. Dezember erfolgen. Für die Auszahlung der zweiten Rate ist der 14. Januar in Aussicht genommen.

Vom 1. Januar ab erfolgt der Steuerabzug vom Arbeitslohn bei den Behörden grundsätzlich in derselben Weise wie bei den privaten Arbeitnehmern. Insbesondere bestehen hinsichtlich der Fristen für die Abführung der Steuerbeiträge zwischen Behörden und privaten Arbeitgebern keinerlei Unterschiede mehr. Auch die Behörden haben künftig die vom 1. bis zum 10. eines Monats einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 15., die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 25. d. M. und die in der Zeit vom 21. bis zum Schluss eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 5. des folgenden Monats abzuführen. Die Folgen der Fristversummung treffen die Behörden in gleicher Weise wie den Arbeitgeber. Wenn die Frist nur um einen Tag überschritten wird, werden für jeden angefangenen Monat Zuschläge in Höhe von 5 Prozent des Rückstandes erhoben. Der Steuerabzug von den Ende Dezember für den Monat Januar 1924 zur Auszahlung gelangenden Gehältern wird bereits nach den neuen Bestimmungen vorgenommen werden. Im Gegensatz zu den privaten Dienstauswärtigen, die von dem ersten Januar ab dem Steuerabzug unterliegen, sind die öffentlichen Aufwandsentschädigungen nach wie vor steuerfrei.

## Eine Rente für Smeets!

### Die neueste Zumutung der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat, offenbar unter Umgehung ihres britischen Mitgliedes, dem Oberpräsidenten in Koblenz die Forderung zugehen lassen, daß das Deutsche Reich dem Landesverwalter Smeets, der angeblich an den Folgen des auf ihn verübten Anschlages noch leidet, eine lebenslängliche Rente aussehe. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, greift aus diesem Anlaß heftig den Oberpräsidenten an. Smeets an, weil er dieses unglückliche Verlangen in großer Dienstfertigkeit sofort an den Regierungspräsidenten von Köln weitergegeben und dadurch eine weitere Behandlung dieser Sache gefördert hat. Gegen Herrn v. Smeets ist schon früher einmal der Vorwurf überhöflicher Dienstbereitschaft für die Rheinlandkommission erhoben worden.

Stresemann geht nicht nach Paris. Die vom Pariser „Ceclair“ verbreitete Meldung, wonach der deutsche Außenminister selber den Pariser Botschafterposten übernehmen würde, wird deutscherseits entschieden demontiert.

## Das Fest der Stabilität.

So war Weihnachten von unverbesserlichen Optimisten benannt. Die überwiegende Volksmehrheit war innerlich ganz und gar nicht zum Festfeiern aufgelegt, hatte von der neuen Herrlichkeit papieren Geldes verteuert wenig im eigenen Brieft. Nur der Alb, allmählich in neue Preissteigerungen gejagt zu werden und der Spielball wüßter Spekulation zu sein, war seit vier Wochen von der Menschenbrust genommen, fand seinen Niederschlag auch in der Weihnachtstimmung. Nicht mehr ganz so trostlos sah es aus, wenn auch von einer starken Kaufkraft, von der Talmbörsenbörse fasziniert, noch lange keine Rede sein konnte. Das zeigten schon die Schlächterläden, deren Inhaber noch alter Weise die Hochkonjunktur durch Roggenflaverie ausnutzen wollten, ihre Preise ohne jeden anderen Grund um mehr als die Hälfte hochschraubten, aber mit großer Feilsch und Burschenschaften sitzen blieben. Es war wohl etwas mehr im Topp als sonst, von dem weihnachtlichen Schlaraffenland der Friedensjahre war in den meisten Familien nichts zu spüren. Wo die goldenen Gänse geblieben sind, mögen die Götter wissen. Der Durchschnittsmensch mußte einen Wochenlohn opfern, um einen ledernen Gansbraten auf den Tisch zu setzen, und das zwang zu dem hübschen Schlagwort: Wir können uns beherrschen! Zu alledem fehlte auf sehr vielen Weihnachtstischen der Tannenbaum. Da hätte es bei beschneideneren Preisen zu mehr Kaufkraft gelangt. Die Großhändler waren mit dem Risiko äußerst vorsichtig, die Kleinändler hatten kein Ansozialkapital. Der Montag sah eine Situation wie zuletzt im Jahre 1904. Keine Spekulanten machten sich in jeder Stunde auf die Socken und holten in Bäumen aus den Förstereien, was sie auf den Schuulern schleppen konnten. Man umschloß sie auf den Berliner Bahnhöfen und überhals sich in hohen Goldpreisen sogar für „Strippen“ und einzelne Zweige. Stabilität sieht anders aus.

## Weisse Weihnachten.

Eine Seltenheit in Berlin, fast schon eine Sehenswürdigkeit. Das für Berlin ungewohnte Schauspiel war auf den Feldern und in den Wäldern von unbeschreiblicher Schönheit und hatte viele Zuschauer aus der Stadt mit Kisten und Schlingen hinaus in die winterliche Luft gelockt. In manchen Stellen war der Wirbelwind, der im Wald Bäume gespalten und zerstückelt und die höchsten Kronen respektlos heruntergeholt hat, so stark, daß es unmöglich war, gegen Wind und Wetter siegreich anzukämpfen. Und die Schneelawinen kamen so plötzlich, daß man manchmal nicht wußte, ob sie vom Himmel herabstürzten oder von den nächsten Häusern, oder ob sie der Wirbelwind auf der Erde gegriffen, hochgehoben und in die Luft geschleudert habe. Am ersten Feiertag waren noch fünf Grad Kälte, und der Wind und die Schneewirbel blissen empfindlich in das Gesicht. Unwillkürlich dachte man an die vielen, die keine warme Stube und keinen weichen Mantel haben ...

## Störungen im Eisenbahnverkehr.

### Verwüstungen des Schneesturms auf allen Strecken.

Der Eisenbahnverkehr innerhalb des ganzen Reiches hat in diesen Tagen unter außerordentlich großen Störungen zu leiden, wie sie in den letzten Jahren kaum je zu verzeichnen waren. Selbst die Hauptstrecken, die stark befahren sind, liegen zum Teil unter so starken Schneemengen, daß die Aufbaumarbeiten, die schon am Morgen des ersten Feiertages einsetzten und die überall mit starken Kräften durchgeführt werden, noch keinen Wandel zu schaffen vermochten. Besonders hinderlich ist die starke Kälte, die den Schnee in den Weichen und Signaleinrichtungen zu einer Eiskruste hat erstarren lassen. Selbst auf den Hauptlinien, wie z. B. nach Hannover, Altona und Halle, ist der Zugverkehr nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Verspätungen von vier bis sechs Stunden waren in beiden Richtungen während der Weihnachtsfeierstage unermesslich und auch die heutigen Nachschneefälle sind mit ähnlichen Verspätungen in Berlin eingetroffen. Besonders empfindlich ist der gesamte Verkehr durch die Störungen im Bahnelektrogramm behindert. Durch den ungeheuren Schneeeffekt sind die Leitungen oft auf viele Kilometer zerrissen, die Masten umgestürzt, und es wird einer Arbeit von mehreren Tausend bedürfen, um hier wieder einen ordnungsmäßigen Betrieb einzurichten zu können. Durch den Ausfall der telephonischen und telegraphischen Verbindungsstellen mußten sämtliche Züge zum Teil durch Weisungsbefehle abgeleitet werden und vor orten bei den so notwendig werdenden Aufschüben auf den Stationen oft 20—30 Minuten. Der Güterverkehr, der in den Feiertagen fast ganz ruhte, der aber heute verkehrt einsetzt, wird vorwiegend durch den Verkehr nach weiter besetzten, doch hoffen die Reichsbahndirektionen, wenn nicht neue starke Schneefälle einsetzten sollten, in zwei bis drei Tagen die Linien wieder ordnungsmäßig in Gang bringen zu können.

Auch der Fernverkehr hat durch die Schneefälle erheblich gelitten. Besonders nach dem Osten sind eine Anzahl Linien schwer beschädigt und nach dem Riesengebiet war die Verbindung gestern nur auf großen Umwegen möglich. Aber auch im Schwarzwald und am Bodensee ebenso wie an der Küste sind schwere Störungen gemeldet, deren Behebung einige Tage in Anspruch nehmen wird.

## „Goldmark“ auf eigene Faust.

Die Münchener Polizei ist einer großen Geldfälschungsaftäre auf die Spur gekommen. Die Polizei nahm bei einem Handhändler in der Vinrunstraße eine Hausdurchsuchung vor und ford dort einen Kasten wertbeständiger Reichsgeldscheine der Bayerischen Einkaufsstelle Nürnberg. Die Beschlagnahme dieser Spure führte zur Festnahme von 11 Personen in München und einer auswärtig wohnenden Person, die der Ausgabe der Scheine überführt wurden. Als Fälscher wurde ein 30-jähriger, aus München ausgemittelter Schmiedmeister Kaufmann festgestellt. Dieser hatte eine Zeichnung angefertigt, auf Grund derer es ihm unter unwahren Angaben gelang, bei einem Buchdrucker für rund 9000 Goldmark wertvolle Scheine zu beschaffen. Für eine weitere Verurteilung steht ihm ein Vorwurf entgegen. Ein schwer verletzter Kontorist und ein gleichfalls verletzter Einmaliger Photograph, sowie der Händler von der Vinrunstraße waren an der Sache beteiligt. Mit dem Fälscher sind große Mengen Lebersmittel, Fleisburgergefäße, Schreibmaschinen, Pelze usw. erworben worden, vielfach von Leuten, die diese Gegenstände nur aus größter Not gegen vermeintlich wertbeständiges Geld hergeben haben. In der Fallgeschichte der Münchener Polizeidirektion befinden sich zurzeit beschlagnahmte Gegenstände, deren Sammlung einem kleinen Kaufhaus steht. Die Fälscher wurden vorher in München auch in Augsburg und in Prising an Privatpersonen und Kaufleute verurteilt. Von den Festgenommenen befinden sich gegenwärtig noch sieben in Haft. Die anderen sind vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

## Die Wiederbelebung der Wiener Stadtbahn.

Anders als in Berlin wird sich in Wien das Umsteigen zwischen Stadtbahn und Fernbahn vollziehen. Die seit Jahren stillliegende staatliche Wiener Stadtbahn wird im nächsten Sommer von der sozialdemokratischen Stadtverwaltung auf 30 Jahre übernommen, wieder in Betrieb gesetzt, und zwar gleich in elektrischer Form. Statt der alten Dampfloklokomotiven, die die Tunnelstrecken im Sommer zur Hälfte wachen und die anhängenden Eisenbahnwagen verdrängen, werden auf der Stadtbahn Straßenbahnzüge mit Oberleitung fahren, aber nur auf den ersten Stadtbahnstationen halten. Bedacht werden nur die neuen Straßenbahnwagen mit breiter Plattform, samt je zwei Anhängern, zum Stadtbahnverkehr dienen. Dazu müssen die Schienenpaare verengt, näher an die Bahnkreise gerückt und getrieben werden. In der südwestlichen Endstation Hütteldorf-Haiding und in der nordwestlichen Heiligenstadt

werden Umkehrschleifen angelegt und hier wird man vom gleichen Bahnsteig, auf dem auch Fernverkehrszüge sind und ohne Treppentritte in die Fernbahnzüge nach Westen und Nordwesten und von ihnen in die Stadtbahn umsteigen. Einige Hauptbahnlinien stehen allerdings mit der Stadtbahn nicht in Verbindung. In zwei Stellen, wo die Stadtbahn ungefähr im Straßenniveau fährt, wird ein direkter Übergang der Züge Straßenbahn—Stadtbahn erfolgen.

## Der Goldmieten-Skandal.

Daß die von der Reichsregierung geplante Wiedereinführung der Friedensmieten von den breiten Schichten der Bevölkerung nicht getragen werden kann, steht außer allem Zweifel. Aber auch in den Kreisen der Gewerbetreibenden erhebt sich heftiger Widerspruch gegen diese ungeheure Belastung. Der Sachverstand der Arbeiter- und Geschäftsausschüsse hat an die maßgebenden Reichs- und Staatsbehörden und an den Berliner Magistrat eine Eingabe gerichtet, der wir folgendes entnehmen:

Bei der Frage der Mietzahlungen hat in den letzten Monaten bei den Bestrebungen der Hausbesitzerorganisationen für die möglichst weitgehende Heraushebung der Mieten ein eigenartiges Argument eine Hauptrolle gespielt. Dieses Argument, welches zum Beweise der Tragbarkeit sehr hoher Mieten stets in den Vordergrund gestellt wurde, war, daß die gewerblichen Kreise sich bereits seit längerer Zeit auf Goldrechnung umgestellt hätten, ihre Erzeugnisse zu Preisen absetzten, die der früheren Goldpreisen oder noch darüber hinausgehenden entsprächen und daher völlig in der Lage seien, auch die früheren Mieten in Goldmarkhöhe aufzubringen. Diese seitens des Hausbesitzes herangezogene Begründung ihres für die Angleichung der Mieten wesentlichen Argumentes beruht auf einem großen volkswirtschaftlichen Rechenfehler. Es wird optimistisch beurteilt sein, wenn man annimmt, daß einige Monate nach Ueberwindung der gegenwärtigen Absatzkrise sich die deutsche Produktionsleistung durchschnittlich auf einem Stande von circa 25 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit befinden wird. Unter Zugrundelegung dieses Wirtschaftszustandes läßt sich — und zwar nicht für sehr, wie nochmals betont sei —, sondern für eine erst kommende Periode die Belastung eines kleineren fabrizierenden Unternehmens durch den Mietzins gegenüber dem Vorkriegszustande auf Grund angelegter Ermittlungen berechnen.

Es ist für die Mieterchaft jeglicher Art, die einen verzweifeltsten Kampf um ihren Arbeitsraum und somit um ihre Existenz zu führen gezwungen ist, ein nicht fehlerhafter Gedanke, daß der Staat durch Maßnahmen, die die Heraushebung des Mietzins auf unerträgliche Höhe zum Ziele haben, die gesamte selbstständige und entlohnte Bevölkerung vor die schwersten Erschütterungen stellen und die zur Erhaltung des Staates zu bringende benötigte Steuerkraft vernichten könnte. Es soll daher davon abgesehen werden, die Auswirkungen etwaiger derartiger Maßnahmen auf die soziale und politische Gestaltung in Deutschland und auf die deutsche Währung einer Betrachtung zu unterziehen.

Verbrannte Zeitungen. Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Oranienburg, über das wir im heutigen Morgenblatt berichten, ist auch die Beschlagnahme des „Vorwärts“ für unsere Abonnenten in Oranienburg und Umgebung vernichtet worden.

Todessturz eines Kisten. Während der Vorbereitungen im Varieté und Kino „Filmed“ in der Staliger Str. 94, stürzte am 1. Feiertag der 40-jährige Kistenführer Max Götz aus der Linienstr. 97 bei seinen akrobatischen Verführungen von einem etwa vier Meter hohen Mast auf die Bühne herab. Ein zufällig anwesender Arzt stellte einen Schlüsselbeinbruch und eine Gehirnerschütterung fest. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus behoben, wo er gestern abend seinen Verletzungen erlag.

Ein jugendlicher Durchbrenner wird von der Kriminalpolizei gesucht. Ein 17 Jahre alter Bureauburche Rudolf Müller wurde bei einer Bank im Zentrum der Stadt angetroffen und wurde mit Bolzen gefesselt. Nachdem er am 1. Januar die Räumung erlassen hatte, war der junge Müller eifriger als vorher und brägte sich zu Verordnungen geradeweg auf. Als man ein größeres Paket, das 200 Dollar Goldmünzen, für 24 000 M. Schuldschein, Aktien und andere Aktien im ganzen für 4 1/2 Milliarden Papiermark enthielt, zur Beförderung an einen Kassenverein ihm anvertraute, behielt er es für sich und verschwand damit. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei des ersten Reichs ergaben, daß er sich schon einige Tage vorher bei seiner Mutter in der Wohnung in der Dannewitzstraße zu Bankrott nicht mehr hatte lassen. Der Missetäter ist 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar und ein gebrochenes Gesicht und trägt ein Sportjackett mit Pelztragen.

Falsche Goldbanknoten. Von den durch die Reichsbank ausgegebenen Zwischenscheinen zum Nennwert von 1/4 Dollar, die ihren Schutz in einem natürlichen Wollenschein und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzensamen tragen, sind Fälschungen aufgeklaut, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenmerkmale — sowie an der schlechten Druckausführung und der Erkennungsmittel. Gleichzeitig wird auf den Umlauf verfallender echter Zwischenscheine gleicher Schanwellen zum Nennwert von 0,42 M. Gold = 1/10 Dollar vom 23. Oktober 1923 aufmerksam gemacht, bei denen die ursprüngliche Wertanlage durch gefälschte Rasur in 42 M. = 10 Dollar geändert worden ist.

Ein gelbener Dreifische verloren, enthaltend Entlassungsbefehle aus der Kriegsgefangenschaft, polizeiliche Anmeldebücher, verschiedene Quittungen von der Substanz, Kommandantenbescheinigung und vom „Vorwärts“-Berlin, sowie etwa 70 Goldmark, an der Ecke der Choriner und Schreiberstr. Der ehemalige Führer wird gebeten, sie bei Max Gäßner, Berlin 8 58, Postfach Str. 20, rechter Seitenstr., part., abzugeben.

## Schweres Fährunglück bei Würzburg.

### 6 Personen ertrunken.

In Dettelbach ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die den Verkehr über den Main vermittelnde Fähre sank infolge Ueberlastung. Sechs von den dreizehn Insassen fanden den Tod in den Wellen. Auch dem „Frankfurter Kurier“ trug sich der Unfall in der Dunkelheit zu, wodurch die Rettungsarbeiten sehr erschwert wurden.

## Das verschwundene Luftschiff.

Das französische Marineministerium veröffentlicht über das Schicksal des ehemaligen Zeppelin-Luftschiffes und letzten „Dirnuiden“ eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß das Luftschiff zum letzten Male am 21. Dezember, 3 Uhr vormittags, mit der französischen Robiostation Sidi Abdalla in Verbindung gestanden hat. Man nahm damals an, daß es sich etwa 300 Kilometer von Biseria befinde. Nach den Berechnungen mußte das Luftschiff seinen Benzinvorrat am 23. Dezember verbraucht haben. Die Nachforschungen werden besonders in Südwesten betrieben, und zwar sowohl durch Konvois als auch durch Mannschaften des französischen Mittelmeerflottenkommandos. Im Bord des Luftschiffes befanden sich 50 Personen.

Lavinengefahren in den Schweizer Alpen. Infolge der großen Schneefälle der letzten Tage sind in den Bergregionen der Schweiz zahlreiche Lawinen niedergegangen, besonders in den Berner Alpen. In Sächlen wurde ein Wohnhaus zerstört, wobei zwei Personen ums Leben kamen. Bei Diablerets wurden drei Ställe und ein Wohnhaus von Lawinen weggerissen, wobei es einen Toten gab. Zahlreiche Vieh wurde verdrückt. Im Neuenbarnen Jura und im Waadtland wurde erreicht die Schneehöhe 2,50 Meter.



# Gewerkschaftsbewegung

## Kampfbedingungen.

Das geschichtliche Werden gleicht dem Wellenschlag des Meeres. Dem triumphierenden Ausschäumen zum blinkenden Wellenkamm folgt das Hinabgleiten, das aber nur der Anlauf zu neuem Ausschäumen ist. Welle auf Welle zerrinnt und erhebt sich immer wieder in ewiger Bewegung.

Die letzten Monate waren für die Arbeiterbewegung, insbesondere aber für die Gewerkschaftsbewegung, vergleichbar dem Zurückfluten des Meeres. Schlag auf Schlag lauschten die zerstörenden Wirkungen der Geldentwertung und der von dieser wesentlich erzeugten Wirtschaftskrise auf die deutsche Arbeiterschaft hernieder. Die Arbeiterorganisationen, als Gesamtvertretung der Lohnarbeiterschaft, mühten in ebenso starkem Ausmaße wie die Arbeiter als einzelne unter der Geldentwertung und der Wirtschaftskrise zu leiden. In wachsendem Maße entrierten sich die Löhne von den Preisen, und da die Beiträge den Löhnen angepasst, aber erst nach der Lohnzahlung entrichtet werden und mit oft nicht unerheblicher Verspätung einließen, bekamen die Gewerkschaften, wie alle Einrichtungen der Arbeiterschaft, die verheerenden Folgen der Geldentwertung besonders schwer zu fühlen.

Dazu kamen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Wenn der Arbeiterlohn oder der Kurzarbeiter eine wenn auch unzureichende Unterstützung bekommt, für die Arbeiterorganisationen bedeuten Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit verringerte Einnahmen und erhöhte Ausgaben.

Zu der finanziellen Wirkung der Wirtschaftskrise gesellte sich eine der Schärfe der Krise entsprechende geringere Stützskraft der Organisationen. Es ist eine sehr alte Erfahrung, die jeder schon erprobt hat, daß die Unternehmer bei einem Zurückgehen des Beschäftigungsgrades ihre Ansprüche gegenüber den Arbeitern und Angestellten höher schrauben, während diese die ihren zurückschrauben müssen. Das trifft auch auf die Gesamtvertretung der Arbeiterschaft zu. Wenn drei Viertel der Arbeiter ganz oder teilweise arbeitslos sind, können die Gewerkschaften nicht die Arbeitsbedingungen verbessern. Diefelbe Wirkung macht sich auch sozial und politisch geltend. In einer solchen Periode sind die Unternehmer besonders angriffslustig. Sie wünschen nichts sehnlicher als große Kämpfe. Wenn von den vorwärtsdrängenden Elementen der Arbeiterschaft gegenwärtig der Partei und den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wird, sie hätten ihren Kampfscharakter verloren, so kann man wohl sagen, daß die soziale und politische Reaktion im Grunde der gleichen Ansicht ist. Sie wünscht jetzt nichts sehnlicher als den Kampf auf breiter Grundlage.

Hat man aber jemals einem militärischen Befehlshaber den Vorwurf der Unfähigkeit gemacht, weil er einem überlegenen Feinde gegenüber einer Schlacht auswich und einen geordneten Rückzug antrat? Die große Ueberlegenheit eines Strategen zeigt sich gerade im taktischen Geschick, einer sicheren Niederlage ausweichen zu können, die feindlichen Kräfte zu spalten und die eigenen zu sammeln, um im geeigneten Augenblick und am geeigneten Ort wieder zum Angriff überzugehen. Während der letzten Wochen und Monate die von den Scharmachern immer wieder angebotene Schlacht annehmen, würde in Wirklichkeit bedeuten haben, die Arbeiterschaft hineinzuwerfen in eine vernichtende Niederlage.

In diesem Augenblick sind wir über den tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise wahrscheinlich schon hinweg, wenn auch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit noch wüten, wenn sich auch die politische Reaktion noch breit macht. Wie wir scheinbar immer tiefer in Nacht und Kälte versinken, während unsere nördliche Erdhälfte sich wieder der Sonne zu nähern ansieht.

Die ersten Anzeichen des kommenden Aufstiegs machen sich bereits bemerkbar. Eine neue soziale Welle hebt an. Das wissen die Scharmacher im Unternehmerlager. Sie kennen sehr genau ihre eigenen Schwächen. Sie kennen den Gegensatz zwischen Schwer- und Leichtindustrie, der kaum noch zu überbrücken ist. Sie wollen die ihnen noch günstige Periode ausnützen, um diesen Gegensatz auf Kosten der Arbeiterschaft auszugleichen. Seit die Spekulation auf die Marktwertung nichts mehr einbringt, sucht man andere Profitmöglichkeiten. Diese können normalerweise nur in der Produktion liegen. Gesteigerte Produktion setzt voraus gesteigerte Konsumfähigkeit der Massen. Diese aber ist unvereinbar mit Lohndruck und Arbeitslosigkeit. Gesteigerte Produktion bedeutet aber gesteigerten Einfluß der Arbeiterschaft, vorausgesetzt, diese ist sich ihrer Mittel und Ziele bewußt, vorausgesetzt, sie ist entschlossen und geschlossen.

Die Voraussetzung dieser unerschütterlichen Geschlossenheit und Entschlossenheit ist jedoch die Einsicht in unsere Kampfbedingungen. Wenn die wirtschaftliche Kurve abwärts geht, dann muß gebremst werden, soll der Wagen nicht auf abschüssiger Bahn zerfallen. Wenn ringum gegen die Erregungsschäfte der Arbeiterschaft Sturm gefahren wird, dann heißt es mehr als je, treu zur Fahne zu stehen.

Die Aufgabe der Stunde ist die Sammlung der Wankelmütigen. Wir werden die Folgen der Wirtschaftskrise um so schneller überwinden, die Erfolge der reaktionären Wirtschaftspolitik um so mehr eindämmen, je stärker und geschlossener die Arbeiterorganisationen die Krise überwinden. Der Wiederaufstieg der Wirtschaftskurve wird nur in dem Maße ein Wiederaufstieg der Arbeiterklasse sein, in dem die Arbeiterklasse selbst gerüstet und gewappnet ist.

## Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Der unmögliche Schiedspruch im Buchdruckgewerbe, der so nebenbei des Schiedsverfahrens an Stelle der Gesetzgebung über die Regelung der Arbeitszeit zu setzen versucht, soll bekanntlich auf Antrag der Unternehmer für allgemeinverbindlich erklärt werden. Darüber schieben selbst dem Reichsarbeitsminister allerlei Bedenken auf. Er lud deshalb die Parteien zu neuen Verhandlungen ein, die

am 22. Dezember im Reichsarbeitsministerium stattfanden, aber resultatlos verliefen.

Auf verschiedene Vermittlungsversuche des Vorsitzenden, Oberregierungsrats Dr. Reines, erklärten sich schließlich die Prinzipale bereit, auf die grundsätzliche Festlegung der 48stündigen Arbeitszeit einzugehen unter der Bedingung, daß auf die Dauer eines Jahres täglich eine Leberstunde ohne Aufschlag geleistet wird und unter der weiteren Bedingung, daß die im Schiedspruch für die Beihilge festgesetzten Entlohnungs- und Urlaubsbestimmungen in Wegfall kommen. Das wäre nicht nur die Beibehaltung des starbaldigen Schiedspruches, sondern darüber hinaus noch eine Verschlechterung. Schließlich zeigte sich auch noch Bereitwilligkeit, auf zentrale Regelung der Lohnfrage unter der Voraussetzung einzugehen, daß das Drucksatzverhältnis einer Revision unterzogen und außerdem für einige Kreise Abschläge zugesandt würden. Im Streitfall sollte nach dem Vorschlag des Vorsitzenden ein vom Reichsarbeitsministerium einzusetzender Schlichtungsausschuß entscheiden. Der Stundenlohn sollte bestehen bleiben, desgleichen die im Schiedspruch vorgesehene Regelung der Feiertags- und Urlaubsfrage; die Kündigung sollte einheitlich auf eine Woche bemessen werden und nur am Freitag auszusprechen werden können. Die Gehilfenvertretung erklärte sich aber ausstehend, unter solchen Bedingungen den Schiedspruch anzuerkennen. Die Verhandlungen wurden demgemäß abgebrochen.

Es ist zweifellos, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitsklärung nicht aussprechen kann. Ueber Modalitäten der Lohn- und Arbeitsbedingungen kann ein Schiedspruch entschieden. Er kann für allgemein verbindlich erklärt werden, auch wenn er nicht einstimmig gefällt wurde. Es ist aber ganz ausgeschlossen, daß in einer grundsätzlichen Frage, wie der Achtstundentag, einfach durch Schiedspruch, d. h. mit den Stimmen der Unternehmer allein, gegen die Arbeiterschaft eine Entscheidung gefällt wird. Einen dazwischenliegenden Schiedspruch für allgemeinverbindlich erklären, d. h. ihm Gesetzeskraft verleihen, würde bedeuten, daß die Unternehmer es jederzeit in der Hand hätten, das Parlament in allen Fragen der Sozialgesetzgebung auszuschalten. Das ist natürlich ausgeschlossen. Die Tatsache jedoch, daß mit den Stimmen der Unternehmer allein, unter Beihilfe der vom Reichsarbeitsminister gestellten Unparteiischen, ein solcher Schiedspruch überhaupt gefällt werden konnte, ist ein Skandal.

## Ein Börsenmandat?

Der Deutsche Handelsdienst verbreitet die Nachricht, daß am 22. Dezember ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einen Schiedspruch gefaßt habe, monach vom 1. Januar ab die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter Tage auf 8 Stunden, ausschließlich Ein- und Ausfahrt und Pausen, in den Kennzeilen und auf 8 1/2 Stunden in den Randzeilen festgesetzt worden sei. Diese Nachricht ist von A bis Z erfunden. Ueber die resultatlos verlaufenen Verhandlungen haben wir in der Sonntagsnummer berichtet. Zu einem Schiedspruch ist es in diesen Verhandlungen überhaupt nicht gekommen. Man hat den Eindruck, daß es sich bei dieser Nachricht um ein Börsenmandat handelt.

## Das neue Jahrbuch des IGB.

In einigen Wochen wird der IGB. eine wichtige Publikation herausgeben: Das Statistische Jahrbuch 1923/24. Mit diesem Buch, das einen Umfang von ungefähr 200 Seiten haben wird, soll ein zweifaches Ziel verfolgt werden:

1. Beschaffung der Namen und Adressen aller dem IGB. und den internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen.
2. Beschaffung statistischer Angaben über das Wachstum und die Entwicklung der wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen der Welt unter Berücksichtigung ihrer Zahlen an weiblichen Mitgliedern und des Verhältnisses dieser Zahlen zu denjenigen der männlichen Mitglieder.

Da für fast alle Organisationen die Mitgliedszahlen per 31. Dezember 1922 angegeben werden, kann das neue Jahrbuch auf größere Vollständigkeit Anspruch erheben als die letzte Ausgabe.

Es werden darin auch zum erstenmal eine ganze Anzahl Tabellen über die Finanzlage der dem IGB. angeschlossenen Organisationen und der diesen Verbänden angeschlossenen Gewerkschaften in den Jahren 1919, 1920 und 1921 gegeben.

Es handelt sich demnach um ein Werk, das sich jede Organisation und alle diejenigen anschaffen sollten, die sich für das soziale Leben der Zeitgenossen interessieren.

Das Jahrbuch kann in den verschiedenen Ländern bei allen seine Publikationen vertreibenden Buchhandlungen oder bei der Verlagsabteilung des IGB., Bondelstr. 14, Amsterdam, direkt bezogen werden.

## Das spanische Direktorium und die Gewerkschaften.

Bis jetzt hat das spanische Direktorium wie alle früheren Reaktionen den beim IGB. angeschlossenen Spanischen Gewerkschaftsbund als die Vertretung der spanischen Arbeiterschaft betrachtet. Der Arbeiterdelegierte der Internationalen Arbeiterkonferenz wurde demnach auch von der Union General de Trabajadores beauftragt.

Kürzlich erhielt nun diese Organisation vom Direktorium die Einladung, einen Vertreter in eine Kommission zur Prüfung und Vorbereitung von Handelsübereinkommen zu wählen. Aus dem spanischen Beschluß war zu ersehen, daß auch der katholische Gewerkschaftsbund eine gleichzeitige Einladung erhalten hatte.

Da der Vorstand des Spanischen Gewerkschaftsbundes der Ansicht ist, daß die katholischen Gewerkschaften nicht als die Interessen der Arbeiter vertretende bona-fide-Organisationen betrachtet werden können, sondern von der Kirche und den Unternehmern abhängig sind und die Aktionen der Arbeiterschaft immer erschwert haben, hielt er es für angebracht, von einem Recht zur Annahme eines Vertreters keinen Gebrauch zu machen. Der Spanische Gewerkschaftsbund hält es nicht mit feiner Würde vereinbar, mit diesen sogenannten Vertretern der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten.

**Taugenicht und Zuchgruppe Stud. und Gipsbau.** Die beabsichtigte Mitgliedschaftskommission, die am Freitag, den 28. Dez., stattfinden sollte, hat umständlicher aus die nächste Verammlung findet im Januar statt und wird den Mitgliedern frühzeitig bekanntgegeben werden. Die Gruppenleitung.

# Wirtschaft

## Ein Weg zu besserer und billigerer Brotversorgung.

Die staatlich anerkannte Konsumtationerkammer in Hamburg hat an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, mit der eine bessere und billigere Brotherstellung angestrebt wird. Es wird mit Rücksicht auf die unnatürlich hohen Preise des Brotes, entstanden durch die Berechnungen der wirtschaftlich unrationellen Kleinbetriebe im Bäckereigewerbe, darum erlucht, die leistungsfähigen Bäckereigrößbetriebe wieder voll arbeitsfähig zu machen. Dadurch würden die Brotpreise sich wieder nach den Vertriebsrichtern richten, die am rationalsten zu wirtschaften verstehen und so die Verbraucher auch wieder zu besserem und billigerem Brot kommen.

Dieses aus volkswirtschaftlichen Gründen anzustrebende Ziel ist, wie die Eingabe begründend erklärt, mit der Wiedereinführung der durchgehenden Betriebszeit in den Großbäckereien zu erreichen. Dazu ist das im Krieg erlassene Verbot der Nachtarbeit für die durchgehenden in drei Schichten arbeitenden Bäckereigrößbetriebe aufzuheben. Ein billigeres Brot kann auf diese Weise deshalb hergestellt werden, weil unter voller Ausnutzung aller modernen technischen und hygienischen Einrichtungen der Bäckereigrößbetriebe, wie viele Konsumgenossenschaften solche besitzen, bis dreimal soviel Mehl je Bäckereifelle und Woche verarbeitet werden kann, wie jetzt der Preisberechnung des Brotes zurunde gelegt wird; ferner kommt eine bedeutende Ersparnis an Brennmaterial durch Vermeidung der Erhaltung und Wiederanheizung der Öfen. Weiterhin wirkt der durchgehende Dreischichtbetrieb reichlichend, weil notwendige Abschluß- und Vorarbeiten beim nun Zweischichtensystem beim durchgehenden Betrieb fortfallen. Dadurch wird auch ein besseres Brot erzielt, weil die Handhabung der Gärung besser sein und Überfermentes gesundheitschädliches Brot leichter vermieden werden kann. Die Ernährungswissenschaft hat das schon früher ausführlich und überzeugend dargelegt. Sozialpolitische Bedenken können bei dem Erlauben nicht in Betracht kommen, da ja in diesen Industrien mehr oder weniger notwendige Nachtarbeit geleistet wird, die Großbäckereien aber jeden Arbeitnehmer nur alle drei Wochen einmal zur Nachtarbeit heranziehen werden. Dazu ist jedoch die Aufhebung des erwähnten Verbots erforderlich, um die das Reichsministerium zum besten der Volksernährung erlucht wird.

In der gleichen dringlichen wie bedeutungsvollen Sache hat auch die Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ an den dortigen Senat ein Gutachten erlucht, dem sich die Handelskammer auf Anfrage der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe vollständig angeschlossen hat. In diesem Gutachten wird darauf hingewiesen, daß jedes Kriegsverbot, das die Einschränkung des Mehlverbrauchs bezweckt und dann durch eine Berechnung zum Geschehen gemacht wurde, keine um Schäden der Technik aus der bester eingerichteten Großbetriebe im Bäckereigewerbe besteht. Die Hamburger „Produktion“, diese großbetriebliche deutsche Konsumgenossenschaft, darf mit voller Berechtigung gewisse Feststellungen machen, denn ihre mehr als hunderttausend Mitglieder erfahren täglich den Schaden der unflinthen Behinderung ihrer technisch bester eingerichteten genossenschaftlichen Großbäckerei. So erreicht es aber einen vortrefflichen Grad, daß die „Produktion“, um nicht zu weit zu gehen, die Vorteile eines solchen auszunutzen Einzelbetriebs nicht; Billigeres und besseres Brot ist in jedem Falle das Ergebnis. Und das will für alle Verbraucher, für die genossenschaftlich organisierten zuerst, viel heißen. Darum soll man durch Aufhebung des Verbots höchster Leistungen der Bäckereigrößbetriebe den Konsumenten auch auf diese Weise helfen.

Wir verkennen durchaus nicht die schweren gewerkschaftlichen Bedenken, die gegen die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots in den Bäckereigrößbetrieben bestehen. Man befürchtet die Rückkehr jener Zeit, wo die Bäcker Tag und Nacht beschäftigt wurden. Das ist aber ausgeschlossen, wenn die Aufhebung des Verbots auf Großbetriebe beschränkt bleibt, wie es die Verbraucherorganisationen fordern. Daß das Brot mit einer derartigen Maßnahme wesentlich verbilligt werden kann, geht aus der Tabelle hervor, daß in diesem Punkte ein Teil der Unternehmer, nämlich die Vertreter der Kleinbetriebe, gegen die Aufhebung des Verbots sind. Da aber gerade im Interesse der Verbraucher es jetzt darauf ankommt, den Brotpreis so weit als nur möglich zu senken, muß ein Weg gefunden werden, auf dem das möglich ist. Aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß die gewerkschaftlich organisierten Bäcker mit den Genossenschaften zusammenarbeiten, um ein gedeihliches und allen Kreisen dienliches Ergebnis zu erzielen.

Das deutsch-estnische vorläufige Wirtschaftsabkommen vom 27. Juni 1923 ist im estnischen Parlament endgültig angenommen worden.

## Sport.

**Hulstke und Kohl Sieger im Stundemannschiffahren.** Am zweiten Reiztag hatten sich die Fernfahrer die Radstaben im Kaiserhof am 1. Dezember. Am Ausfahrtsstrassen fand Bahn nach Schönenberg über Lemmerow und Schöne. Das 30-Runden-Prüfungsfahren wurde nur in langsamem Tempo gefahren. Kaufstahl fehte vor Radmann und Tahlke. Alle drei Fahrer hatten an den Prämien einen Zwischenfall. In dem 5. Vorläufer des Hauptfahrens wurde sofort gefahren. Am Ende lief zum Lemmerow um sich ein Sieg zu holen, als er zum 2. und 3. Runde zu früh antrat. Kaufstahl fehte kurz vor Tahlke und Seldow endete als dritter. Der Sieg im Schlußfahren war Tahlke nicht zu nehmen. Nach 31 Runden fehte die Mannschaft Kaufstahl, Radmann, Hauptfahren über Seldow, Dolrad, Michale, Kohl, Tahlke. Der Sieg im Stundemannschiffahren war der Mannschaft Hulstke-Kohl nicht zu nehmen. 15 Paare starteten zu diesem Rennen. Hulstke konnte diesem nach erster durch Ziel gehen. Das Tempo war durchweg hart, nach Schluß der Stunde waren 40230 Kilometer gefahren.

**Resultate:** Radstabenfahren: 1. Kaufstahl, 2. Radmann, 3. Tahlke, 4. Seldow, 5. Dolrad, 6. Michale, 7. Kohl, 8. Radmann, 9. Hauptfahren, 10. Seldow, 11. Dolrad, 12. Michale, 13. Kohl, 14. Radmann, 15. Hauptfahren. Stundemannschiffahren: 1. Kaufstahl, 2. Radmann, 3. Tahlke, 4. Seldow, 5. Dolrad, 6. Michale, 7. Kohl, 8. Radmann, 9. Hauptfahren, 10. Seldow, 11. Dolrad, 12. Michale, 13. Kohl, 14. Radmann, 15. Hauptfahren.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Helmut Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlotmann; Dolaten und Gullines: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Gieseler; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Graf Singer u. Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 2.

**Wohnungsaustausch**  
in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts  
am schnellsten durch eine Anzeige im  
**groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht  
Verband mit d. „Or-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der  
**Anzeiger für Grundstücks- und Geschäfteverkäufe**  
Der allen Zeitungs-Ändler und Wochens zu haben.  
Verlag und Hauptanlei enannahme  
**Zeitungsverlag (Z.Z.) Aktiengesellschaft**  
Lützowstr. 17. 56 Fernsprecher: Dönh. 8310-3312

**TRAURINGE**  
in jed. Größe u. Qualität stets  
vorrrätig, nur bill. Preisberechnung.  
**M. Dinse, Juwelier**  
Lichtenberg, Frankf. Allee 202  
Nähe Bahnh. Lichtenb. Friedhof  
Teleph. Lichtenberg 3222

**Marken-Zigaretten!**  
Tabake, Glycerin zu äußerst billigen  
Preisen.  
**Paul Lohmann**  
Kasse Schönhauser Straße 9.  
Tel.: Berlin 907.

**Alle Seifenhändler**  
decken ihren Bedarf  
in Toilettenseifen, in Kernseifen,  
Selenpulver usw. im Seifenlager  
**Emerich A. Saigo**  
N. 84, Lehnstr. 38, Hof  
Fernsprecher: Norden 1976

**Ungeheuer** restieren im Preis sind  
alle Lebensmittel u. Be-  
darfsartikel kleine Anzeigen  
im Vorwärts sind immer noch **billig!**

**Die Geschichte der Gräfin Firmione**  
von Alfons Petzold und andere ernste und lustige Erzählungen,  
ferner interessante geschichtliche, wirtschaftliche, natur-  
wissenschaftliche, politische u. a. Aufsätze und Schilderungen  
bringt der mit Tiefdruckillustrationen reichhaltig geschmückte  
Haus- und Familienkalender des werktätigen Volkes

**Vorwärts-Almanach für das Jahr 1924**  
Preis 40 Pfennig  
Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H.  
(vormals Buchhandlung Vorwärts), SW 68, Lindenstr. 2, Laden